

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 08.01.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06110 Halle
(Saale)

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Jürgen Busse	CDU	Vertreter für Herrn Bauersfeld
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.	
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Herr Klaus Hopfgarten	SPD	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Frau Katja Raab	FDP	
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Norbert Böhnke	Verwaltung	
Frau Katharina Brederlow	Verwaltung	
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung	
Herr Uwe Weiske	Verwaltung	
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung	
Herr Torsten Bau	SKE	
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE	
Herr Karl Kuhn	SKE	
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE	
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE	
Herr Bertolt Marquardt	SKE	
Herr Andreas Riemann	SKE	
Herr André Scherer	SKE	
Herr Thomas Senger	SKE	
Frau Friederike Lange	SKE	

Entschuldigt fehlen:

Herr Martin Bauersfeld	CDU	Vertreter Herr Jürgen Busse
------------------------	-----	-----------------------------

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Hr. Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, begrüßte die zwei neuen Ausschussmitglieder **Frau Lange, SKE**, und **Herr Kuhn, SKE**, und wünschte allen ein gesundes neues Jahr.

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, eröffnet und geleitet. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, informierte darüber, dass ein weiterer Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931) – hier: Mitgliedschaft im Klima-Bündnis vorliegt und dieser unter dem TOP 4.1.3 in die Tagesordnung aufgenommen werden muss.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, stellte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung angenommen:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 06.11.2012
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10931
 - Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)
4.1.1 . Vorlage: V/2012/11284
 - Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)
4.1.2 . Vorlage: V/2012/11291
 - Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931) ? hier: Mitgliedschaft im Klima-Bündnis
4.1.3

- 4.2. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011
1. Lesung
Vorlage: V/2012/11037
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Etablierung des Konzeptes "Haus der kleinen Forscher"
Vorlage: V/2012/11324
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut 2012
Vorlage: V/2012/11301
- 7.2. Bericht zur Umsetzung STARK III
- 7.3. Bericht zum Stand "Grundschulen-Horte"
- 7.4. Bericht zur Umsetzung der Lernförderung im Rahmen von Bildung und Teilhabe
- 7.5. Information zur Umsetzung des Beschlusses zur Errichtung einer Schule mit internationalem Profil
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 06.11.2012

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Anmerkungen zur Niederschrift vom 06.11.2012.

Herr Senger, SKE, merkte an, dass seine Anmerkung zur vorigen Niederschrift nicht richtig wiedergegeben sei. Auf Seite 4 des Protokolls vom 06.11.2012 stehe immer noch das **Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion**, die nicht fristgemäße Zusendung der Vorlagen bemängelt hatte. Jedoch hatte **Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, dies bemängelt.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, antwortete, dass dies im Protokoll vom 04.09.2012 korrigiert werde.

Herr Hänsel, SKE, wies darauf hin, dass die Textbausteine der Tagesordnungspunkte von 6.1 und 6.2 (Seite 23) des letzten Protokolls vertauscht wurden.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, teilte mit, dass dies geändert werde.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die Niederschrift vom 06.11.2012 mit den Änderungen zur Abstimmung.

Abstimmung: einstimmig zugestimmt

zu 4 **Beschlussvorlagen**

zu 4.1 **Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: V/2012/10931

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)**
Vorlage: V/2012/11284

zu 4.1.2 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)**
Vorlage: V/2012/11291

zu 4.1.3 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931) ? hier: Mitgliedschaft im Klima-Bündnis**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Wortmeldungen zu dieser Beschlussvorlage und den vorliegenden Änderungsanträgen und erklärte sein Unverständnis darüber, warum diese Vorlage und die Änderungsanträge im Bildungsausschuss beraten werden sollen.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, merkte an, dass sich der Änderungsantrag seiner Fraktion zu Punkt 4.1.1 erledigt habe, da die Verwaltung den Inhalt übernommen habe.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., verstehe nicht, weshalb die Mitgliedschaft im German Industry & Commerce (Taicang) Co. Shanghai in die Vorlage aufgenommen wurde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erklärte, dass die Änderung vom Geschäftsbereich V, Wirtschaft und Wissenschaft, kam und er dazu keine Aussagen treffen könne.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender** um Abstimmung zu den Änderungsanträgen.

zu 4.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Vorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle" (Vorlagen-Nr. V/2012/10931)**
Vorlage: V/2012/11284

Abstimmungsergebnis: erledigt, da Verwaltung übernommen

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag wird gestrichen:

- Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)

zu 4.1.2 **Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beschlussvorlage Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale) (V/2012/10931)**
Vorlage: V/2012/11291

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Es wird ein zweiter Beschlusspunkt hinzugefügt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland über eine spürbare Absenkung des Mitgliedsbeitrags zu verhandeln und eine Kündigung der Mitgliedschaft zum Ende des Jahres 2013 zu prüfen.

zu 4.1.3 **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Beschlussvorlage "Mitgliedschaften der Stadt Halle (Saale)" (Vorlagen-Nr.: V/2012/10931) – hier: Mitgliedschaft im Klima-Bündnis**
Vorlage: V/2012/11329

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Im Beschlussvorschlag der Vorlage wird der folgende Unterpunkt gestrichen:

- Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)

Nunmehr stellte **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die so geänderte Beschlussvorlage 4.1 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Kündigung / die Reduzierung der Beitragshöhe folgender Mitgliedschaften:

- ~~Deutsch-Israelische Gesellschaft e.V. (255,00 €)~~
- ~~Klima-Bündnis Alianza del Clima/Climate Alliance e. V. (1.300,00 €)~~
- UfU – Unabhängiges Institut für Umweltfragen e. V. (1.000,00 € statt 5.000,00 €)

- Landesvereinigung für Gesundheit Sachsen-Anhalt e.V. (1.025,00 €)
- Gesunde Städte – Netzwerk (für 2012 und 2013 je 500,00 €)
- Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht (26,00 €)
- Hallescher Musikrat e. V. (15,00 €)
- Bundesverband der Pflege- und Adoptivfamilien (54,00 €)
- Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (200,00 €)

2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, mit der Wirtschaftsinitiative Mitteldeutschland über eine spürbare Absenkung des Mitgliedsbeitrags zu verhandeln und eine Kündigung der Mitgliedschaften zum Ende des Jahres 2013 zu prüfen.

zu 4.2 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2013 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2011

1. Lesung

Vorlage: V/2012/11037

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Wortmeldungen zu dieser Beschlussvorlage.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erklärte, dass die vorliegende Vorlage den derzeitigen Arbeitsstand der Verwaltung abbilde und bat um Verständnis das noch einige Teile fehlen. Er bat darum, heute Fragen zu stellen, deren Antworten gegebenenfalls erst in der 2. Lesung gegeben werden können. Er bat **Frau Quilitzsch** um eine kurze Einführung zu den Zahlen und Produkten den Bereich Bildung betreffend..

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, führte aus, dass die nachfolgende Präsentation zum Haushaltsplan 2013 einige wesentliche Trends beinhalte und sich auf den Ergebnisplan konzentriere. Das betrifft die Seiten 691-734 im Haushaltsplan. Die Präsentation wird dem Protokoll beigefügt. In Folie 1 wurden das Verhältnis Aufwände und Erträge je Produkt dargestellt. 6,9 % der Aufwendungen sind durch Erträge der Schulen gedeckt. Die Folie 3 verdeutlicht, dass ca. 2.100.000 € Erträge fließen. Ab dem 01.01.2013 tritt eine Änderung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) in Kraft. Gemäß § 10 FAG erfolgt die Zuweisung für Schülerbeförderung i. H. v. 1 Million € und wird der Stadt zugehen. Damit wird der § 71 (7 a) SchulG LSA aufgehoben und es entfällt der Ertrag in Höhe von 207 T€. Bestandteil der privatrechtlichen Entgelte sind die Gastschulbeiträge mit 77,4 %. Da in Halle die Zahl der Gastschüler rückläufig ist, verringert sich der Ertrag gegenüber 2012 um ca. 300 T€. Auf Folie 4 ist der Vergleich zwischen den öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Entgelten dargestellt. Im Vergleich zu 2012 besteht hier ein Rückgang der Gastschulbeiträge z. B. bei den Berufsschulen. BBS in 2012 von 1,2 Mio. und in 2013 auf nur noch 1 Mio. sowie ein Minus von 170 T Euro bei FÖS gegenüber 2012. Die Erträge für die Mietauskehr für den Hort der Grundschule Wittekind betragen ca. 71.100 €. Solche Erträge für die Nutzung von Horten werden bei konventionell betriebenen Schulen nicht abgebildet, dort vermietet das ZGM die Räume direkt an den Hortbetreiber. Folie 5 soll die Verschiebung zwischen öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Entgelten verdeutlichen. Diese Verschiebung ist haushaltsneutral und einer haushalterisch korrekteren Zuordnung der Entgelte gem. Kontenrahmenplan geschuldet. Beispielsweise auf Seite 700 des Haushaltsplanes, beim Produkt Grundschulen ist dies erkennbar, aber auch in allen anderen schulischen Produkten. Die Darstellung auf Folie 6 enthält eine Zuordnung der Aufwendungen an Schulen zu verschiedenen Kostenarten. Die Gesamtaufwendungen betragen 31.351.299 €. Personalkosten, und die Aufwendungen für die gebäudewirtschaftlichen Leistungen machen 80 % der Aufwendungen aus. Es ist zu beachten, dass die Bezeichnung „PPP-Raten“ auch die Kosten der Lebenszyklusschulen beinhaltet. Für gebäudewirtschaftliche Leistungen werden, ca. 2/3 des Budgets im Schulbereich aufgewendet. Die Kennzahlen je Quadratmeter wurden auf Seite 699 ff. des Haushaltsplanes dargestellt. Der Planwert 2013 der PPP-Rate

pro qm² in Grundschulen liegt bei 67,34 €. Bei den Gymnasien liegen der Planwert 2013 für die PPP-Rate pro qm² bei 59,56 € (Seite 706) und für die Bewirtschaftung sowie Unterhaltung der Gymnasien durch das ZGM bei 63,05 €. In den PPP-Raten sind jeweils die Reinvestitionen einkalkuliert. In den Aufwendungen an das ZGM sind diese nicht enthalten. Diese Investitionskosten sind im Finanzhaushalt Maßnahme bezogen geplant. Die Preise für Gas und Fernwärme sind um 17 % gestiegen. Die Kosten werden auch weiter steigen. Die Vorauszahlungen für Betriebskosten 2013 an das ZGM sind auf dem Kostenniveau des Jahres 2010 und 2011 kalkuliert.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte, ob dieses Vorgehen auch aktuell noch so praktiziert werde.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass diese Verrechnung immer noch so gemacht werde.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, erklärte, dass in den zusätzlichen Unterlagen die einzelnen Schulen, zur Untersetzung der Produkte, nochmals dargestellt seien.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bedankte sich für die Präsentation und bat um Anmerkungen.

Herr Senger, SKE, fragte, ob es eine Gegenüberstellung der Kosten zwischen ZGM und PPP-Schulen gebe. Ihn interessiere, welche Kosten bezüglich Wasser, Energie und etc. die Stadt trägt. Er fragte auch, ob durch energetische Sanierungen eine Verringerung der Kosten nachweisbar sei. Falls nicht, wären die Sanierungen überflüssig gewesen.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, erklärte, dass bei PPP - und LZP-Schulen der Betreiber alle Kosten zahle und sein Aufwand durch die Stadt im Rahmen der PPP-Raten erstattet werde. Der Quadratmeterpreis ist bei PPP/LZP-Schulen zum Teil günstiger, wobei der in dieser Rate enthaltene Reinvestitionsanteil eine Vergleichbarkeit zu den Kosten bei konventionell betriebenen Schulen erschwere. Dieser Reinvestitionsanteil sichere jedoch eine langfristig qualitativ bessere Bewirtschaftung der Schulen. Die Raten und Ratenbestandteile sind auf Seite 80 bis 81 dargestellt.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erklärte, dass die vorliegenden Aufwendungen für Betriebskosten den vorhandenen Sanierungstau verdeutlichen. Durch höhere Investitionen zur Schulsanierung lasse sich der Verbrauch für Betriebskosten langfristig senken.

Herr Senger, SKE, fragte, ob es nachweisbar Energieeinsparungen nach einer Sanierung gebe.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, erklärte, dass die derzeitige Vertragsgestaltung keine Abrechnung nach Verbräuchen beinhalte, sondern nach Schüler- und Klassenzahlen. Ein Vergleich von Kosten vor und nach den Sanierungen ist nicht ohne weiteres möglich, da sich zwischenzeitlich die Energiepreise verändert haben.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., fragte nach dem vereinbarten Bonus-Malus-System. Wenn dieses System richtig funktioniere, müsste für die Stadt ein finanzieller Vorteil erkennbar sein.

Frau Krausbeck, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob durch die Stadt Maßnahmen geplant seien, die Betriebskostensteigerungen aufzufangen.

Herr Bau, SKE, fragte an, wo er im Haushaltsplan die Investitionsmittel und die Kosten für den Schulbetrieb der Grundschule Glaucha finde.

Herr Scherer, SKE, fragte mit Bezug auf Seite 26 der Ergebnisplanung, wo die Kosten für die Ersatzstandorte für den Schulgarten Galgenberg abgebildet sind.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob die Gerätehäuser ausreichend für den Schulunterricht seien.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte, weshalb es so große Differenzen bei der Position Schulsport gebe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erklärte, dass es zur Verdeutlichung der Wirkungen des Bonus-Malus-Systems schriftliche Erläuterung geben werde. Eine Einsparung bei den Betriebskosten sei sehr schwierig, da Verbräuche z. B. beim Wasser durch den Vereinssport entstehen, worauf kaum Einfluss genommen werden kann. Es werde beispielsweise versucht, die Nutzung von Schulturnhallen in den Ferien auf wenige Schulen zu konzentrieren. Die Preise für Energie, Fernwärme und Wasser werden durch die kommunalen Unternehmen vorgegeben.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, erklärte, dass Aufwandserhöhungen im Bereich Schulsport bei einzelnen Schulen z. B. auf Turnhallensperrungen und Baumaßnahmen zurückgeführt werden können. In solchen Fällen müssen Schulsportmöglichkeiten bei Dritten angemietet werden. Um eine genaue Aussage treffen zu können, sei eine weitergehende Analyse notwendig.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte, weshalb die Jägerplatzschule noch enthalten sei.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, erklärte, dass dies noch geändert werde. Die Ergebnisplanung wurde im Juni 2012 erstellt und die Schließung der Jägerplatzschule wurde erst im Juli 2012 beschlossen. Die Ausstattung aus dem Schulgarten Am Galgenberg wurde auf die anderen Schulen verteilt. Im Frühjahr 2013 werden dann die Gerätehäuser angeschafft und dann kann der Unterricht beginnen. Auf Seite 737 des Haushaltsplanes sind die Kosten für je ein Gerätehaus für die Grundschulen Friesen, Wittekind und Neumarkt aufgeführt.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, ergänzte, dass außer den Kosten für die Gerätehäuser alle laufenden Aufwendungen über die Schulbudgets zu tragen sind. Die Aufwendungen für die Grundschule Glaucha seien noch nicht im Haushaltsplan enthalten, da die Verwaltung zum Planungszeitpunkt noch von einer Verschiebung der Eröffnung ausgegangen war. Die hierfür notwendigen Kosten müssen noch eingearbeitet werden.

Herr Bau, SKE, fragte, was mit dem Gelände des Schulgartens Am Galgenberg passiere.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, antwortete, dass diese Fläche nach der Schließung des Schulgartens dem Liegenschaftsamt übergeben wurde und hier die weitere Vermarktung erfolge.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, überreichte **Herrn Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, folgende schriftliche Fragen der CDU-Fraktion:

1. Besteht die Möglichkeit einer stundenweisen Abordnung von Schreibkräften der Verwaltung (Schulamt) an einzelne Schulen an Stelle eines eigenständigen Schulsekretariats? Wenn ja, an welchen Schulen und welche Einsparpotenziale würden sich ergeben?
2. Wie stellen sich die Energiekosten je Quadratmeter für jedes städtische Schulgebäude dar? Welche Einsparmaßnahmen sind denk- und finanzierbar – bitte

mit Beispiel. (Wärmedämmmaßnahmen, neue Heizsysteme, Energieverbundsysteme, intelligente Haustechnik usw.)

3. Wie gestalten sich die Reinigungskosten je Quadratmeter Schulfläche? Besteht die Möglichkeit die Reinigungsintensität und Reinigungsintervalle zu vermindern?
4. Besteht die Möglichkeit für Eltern in Eigeninitiative den Zustand der Schuleinrichtungen zu verbessern (Schönheitsreparaturen)?
5. Werden zurzeit Entgelte für die Schulraumnutzung durch außerschulische Gruppen, Vereine, etc. erhoben?
6. Werden Beraterhonorare (jegliche Art von Beraterleistungen im Bereich Bildung) erfolgsabhängig gestaltet? Welche Beraterleistungen sind für das Jahr 2013 angedacht?
7. Gibt bzw. gab es Sponsoringleistungen für das öffentliche Schulwesen in Halle?

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erklärte, dass die Fragen schriftlich beantwortet werden. Er werde versuchen, dass zum nächsten Bildungsausschuss **Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement (ZGM)**, für die Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehe.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte nach dem Planetarium. Welche Folge ergebe sich aus der Kürzung von 20.000 €?

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, erklärte, dass die Diskussion des vorliegenden Haushaltsentwurfes nach der alten Verwaltungsstruktur und der bisherigen Produktzuordnung erfolgen solle. Seit Anfang Dezember ist das Produkt Planetarium aus dem Geschäftsbereich IV, Bildung und Soziales, heraus gelöst und dem Geschäftsbereich III, Kultur und Sport, zugeordnet. Die Kürzung der Sachausgaben um 20.000 € gefährde die Wartung und Unterhaltung der Technik im Planetarium.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, ergänzte, dass beim Planetarium das Hauptproblem in der hochwassergefährdenden Lage bestehe. Der Kostenaufwuchs beziehe sich auf höhere Aufwendungen für Betriebskosten an das ZGM. Eine im Interesse des allgemeinen Haushaltsausgleiches geforderte Einsparung habe deshalb nur in der Position eigene Sachkosten vorgenommen werden können. Wenn es bei dieser Aufwandssenkung bleibe, sei das Planetarium in seinem Bestand in Frage gestellt.

Herr Marquardt, SKE, merkte an, dass es in diesem Jahr von der Verwaltung keine „Streichliste“ gebe. Die Darstellung zu den PPP-Projekten erachte er als nicht ausreichend, da die Zinsen nicht berücksichtigt seien. Auf Seite 25 des Haushaltsplanes stehe auch, dass die Abschreibungen noch zu ergänzen seien, auch fehle die Eröffnungsbilanz. Insofern sei für ihn dieser Planentwurf nicht vollständig und nachvollziehbar.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, Die Zinsen zu den PPP-Projekten sind in der Allgemeinen Finanzwirtschaft auf der Seite 73 ausgewiesen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass die Fragen durch den Geschäftsbereich I, Finanzen und Verwaltungsmanagement, beantwortet werden müssen, da er dazu keine Aussage treffen könne.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., bat, um eine Erklärung von Abweichungen bei den Ausgaben zwischen 2012 und 2013, wie z. B. bei der Grundschule „Hans Christian Andersen“. Die Differenzen bestehen jedoch nicht bei jeder Schule. In der Übersicht zu den

Leistungen im Rahmen der Ergebnisplanung werde von Betriebskostenvorauszahlung gesprochen, aber laut Aussage der Verwaltung werden diese Betriebskosten rückwirkend gezahlt. Das verstehe er nicht. Durch das Streichen von 20.000 € beim Planetarium sehe er das Planetarium als gefährdet, da die Wartung nicht finanziert werden könne. Sofern eine Schließung des Planetariums beabsichtigt sei, sollte dies dem Stadtrat in dieser Form vorgelegt werden. Seine Fraktion würde dies nicht mittragen. Mit Bezug auf die Kooperationsvereinbarung zwischen der Volkshochschule Halle und der Volkshochschule Saalekreis fragte er nach der Zuordnung der Teilnehmerentgelte entsprechend der Postleitzahlen. Inwieweit sei hier eine Änderung möglich? Für den nächsten Bildungsausschuss bat er um Vorlage des aktuellen Stellenplanes. Dem solle eine Darstellung der besetzten und unbesetzten Stelle und eine Aussage zur Wiederbesetzung beigefügt werden. Zudem ist die Liste mit den Verpflichtungsermächtigungen vorzulegen.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass es schwierig sei den Stellenplan zu verstehen. Für ihn bestehe eine Differenz bei den Schulsekretärinnen. Auf Seite 1130 des Haushaltsplanes werde von 54 Sekretärinnen ausgegangen und auf Seite 1140 dann von 64 Sekretärinnen. Zu der Differenz sollte zum nächsten Bildungsausschuss eine Erläuterung vorliegen. Dasselbe betreffe die 47 Mitarbeiter des Amtes für Schule und Sport. Die Aufgabengebiete der Mitarbeiter sollten dargestellt werden.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, sagte, einer Überprüfung der Angaben der Schulsekretärinnen zu. **Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung**, ergänzte, dass für die Struktur des alten Amtes für Schule und Sport keine Absenkung oder Erhöhung des Personals geplant gewesen sei.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob sich aus der Verschiebung der Fertigstellung der EFRE-Projekte auch eine Anpassung der Zahlung der PPP-Raten ergebe. Für die Integrierte Gesamtschule werde eine erhebliche Betriebskostensteigerung ausgewiesen (Seite 17 der Ergebnisplanung auf Leistungsebene). Könne das erklärt werden?

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erläuterte, dass man an den Kosten der Gemeindeunfallversicherung die Steigerung der Schülerzahlen nachvollziehen könne. Bei der Grundschule „Hans Christian Andersen“ steigen die Betriebskosten und bei der Grundschule Diemitz/Freiimfelde sinken die Kosten. Er fragte, weshalb bei der Grundschule Am Heiderand die Betriebskosten und die PPP-Rate steigen und wem das Wohnheim Myrtenweg zugeordnet sei.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, erklärte, dass für 2013 geplant gewesen sei, dass das Wohnheim dem Jugendamt zugeordnet werden sollte, deshalb wurde für das Schülerwohnheim eine neue Produktnummer vergeben. Nunmehr ist das Wohnheim dem Fachbereich Bildung zugeordnet. Für die SKE liegen die Zahlen zum Schülerwohnheim m Material der Tischvorlage bei. Über dieses Produkt sollte im Bildungsausschuss mit beraten werden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, bedauerte, den derzeitigen Planansatz für das Planetarium. Er halte diese Einrichtung für sehr wichtig für die Schüler und andere Nutzer. Die Aufforderung hier eine Aufwandssenkung von 20 T € einzuarbeiten sei im Rahmen der Haushaltsberatungen erfolgt. Das Produkt Volkshochschule sei seit Anfang Dezember ebenfalls dem Geschäftsbereich III, Kultur und Sport zugeordnet. Aus seiner bisherigen Verantwortung für die Volkshochschule halte er eine Weiterentwicklung der Kooperation mit dem Ziel einer Fusion für sinnvoll. Beide Volkshochschulen haben sich gut entwickelt und der Saalekreis werde demnächst einen neuen verantwortlichen Leiter einsetzen. Er werde dies mit der/dem neuen Beigeordneten besprechen.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, erklärte, dass die Verwendung des Begriffes Betriebskostenvorauszahlung korrekt sei. Die Planzahl 2013 wird auf Grundlage der vorliegenden Abrechnungen 2010 und 2011 gebildet und es wird eine monatliche Vorauszahlung geleistet. Die Betriebskostenabrechnung für 2013 ist dann in 2 Jahren zu erwarten. Die Schulen mit großen Differenzen werden analysiert. Sofern sich die Nutzung der sanierten Schulen (IGS, Sek Reil, GS Heiderand) verschiebe, sind bis zum Auszug die Kosten für die Ausweichobjekte zu zahlen und mit Nutzungsbeginn die PPP-Raten. Dies werde in den Haushaltsunterlagen noch angepasst.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNSNIS 90/ DIE GRÜNEN, fragte, ob man die Ratenzahlung, wenn der Betrieb ab 01.08.2013 nicht aufgenommen wird, verschieben könne.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, antwortete, dass die Ratenzahlung dann verschoben werden könne.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, ergänzte, dass der Fertigstellungstermin erst bekannt gegeben werden könne, wenn die Baugenehmigungen vorliegen. Der geplante Fertigstellungstermin seien die Herbstferien 2013.

Herr Senger, SKE, fragte, ob es möglich sei, die einzelnen Aufwendungen am Beispiel der Grundschule „Hans Christian Andersen“ zu begründen. Für ihn sei die Menge der Energiekosten in kW ausschlaggebend und nicht das Bonus-Malus-System. Für die Integrierte Gesamtschule wurde ihm ausgeführt, dass die Kosten für Strom, Wasser und Heizung weiterhin von der Stadt, also dem ZGM, bezahlt werden. Er bezweifle, dass für diese Schule ein sinnvolles Energiekonzept im Rahmen der Sanierung geplant sei. Unter anderem sei ihm aufgefallen, dass im Ausweichobjekt abends sehr häufig lange die volle Beleuchtung an sei. Unter diesen Umständen brauche man sich nicht über hohe Kosten für Energie zu wundern.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erklärte, dass es 3 verschiedene Formen von PPP/LZP -Verträgen gebe. Einmal mit Kreditaufnahme und Zinsen, dann die Lebenszyklusprojekte ohne Zinsen – finanziert durch Fördermittel und die EFRE-Projekte ohne Kredit mit Besonderheiten bei der energetischen Bewirtschaftung. Bei diesem letzten Modell verbleibe dies bei der Stadt und gehe nicht auf den Betreiber über. Deshalb sind die Modelle nicht vollständig vergleichbar.

Herr Bau, SKE, fragte, was es für Anreize für Energiesparmaßnahmen gebe und welchen Hintergrund die Kosten für Behördenumzüge bei der Grundschule Am Heiderand und der Integrierten Gesamtschule haben.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass man sich bei jedem Projekt überlegen müsse, was ein Bonus-Malus-System den Schülern und Schulleitern bringe. Wenn es richtig genutzt werde, dann sei es vorteilhaft für die Schulen bzw. die Stadt, da dadurch eine qualitätssichernde Bewirtschaftung der Gebäude erfolge. Dies sei nicht auf kurzfristige Einsparungen zu Gunsten des Haushaltes angelegt.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte, ob die Schulturnhallen in den Geschäftsbereich III, Kultur und Sport übergehen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erklärte, dass er mehrere Varianten gehört habe. In zwei Varianten sei der sächliche Übergang der Turnhallen an einen anderen Geschäftsbereich vorgesehen und in der 3. Variante soll nur die Vergabe der Turnhallen übergehen an den GB III. Für ihn sei wichtig, künftig eine bessere Darstellung des Energie- und Wasserverbrauches durch die Vereinsnutzer der Schulturnhallen im Haushalt zu erreichen.

Herr Kneissl, SKE, verwies auf die Position für Sach- und Dienstleistungen. Diese bewegen sich zwischen 3.000 € und 70.000 Euro. Er fragte, was typische Sach- und Dienstleistungen seien.

Frau Köppe, Fachbereich Bildung, antwortete, dass in dieser Position zum einen die Verwaltungskostenumlage der Schulverwaltung enthalten sei und zum anderen die Kosten für die Schulturnhalle, sofern diese von mehreren Schulen genutzt werde.

Herr Senger, SKE, fragte nochmal nach, da er dies nicht verstehe. Bei Betriebskostenvorauszahlungen zahle der Fachbereich dann doppelt oder sei es gesplittet?

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, erläuterte, dass in der Position Schulsport die Aufwendungen verbucht werden, die der Schule durch die Nutzung von Sportanlagen bei Dritten, wie z. B. für das Schulschwimmen oder die Nutzung der Turnhalle Brandberge entstehen. Dies erfolge auf dem Sachkonto Schulsport. Aufwendungen für die Schulturnhalle werden bei einer Nutzung durch verschiedene Schulen über eine Vorkostenstelle gebucht und nutzungskonkret einzelnen Leistungen/Schulen zugeordnet.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., merkte an, dass die Darstellung übersichtlicher sein sollte.

Herr Trömel, Fraktion DIE LINKE., bat für die Grundschule Büschdorf den Aufwand für Sach- und Dienstleistungen Aufwendungen i. H. v. 52.000 € zu erklären.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass die Frage schriftlich beantwortet werde. Er bat die Mitglieder die Fragen zum Haushaltsplan der Verwaltung vor der 2. Lesung zukommen zu lassen, dann könne sich die Verwaltung besser vorbereiten.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, erläuterte, dass bei der Position der Behördenumzüge der Planungsstand vom Juni 2012 enthalten sei. Für die 2. Lesung werden noch Veränderungen für die inzwischen geschlossene Jägerplatzschule und die Berufsbildenden Schule V in der Rainstraße und die Grundschule Glaucha durch die Verwaltung eingebracht. Die Umzugskosten für Schulen belaufen sich insgesamt auf 166.000 €.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNSNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob die Zuweisung vom Land für die Schülerbeförderung nach Änderung des FAG auf gleichem Niveau bleibe.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, antwortete, dass seit 2009 kein expliziter Betrag für die Schülerbeförderung in der Zuweisung des Landes nach dem FAG ausgewiesen war, deshalb besteht keine direkte Vergleichsmöglichkeit zur Höhe der Zuweisung in 2012 und 2013. Verglichen mit der Landeszuweisung der Schülerbeförderung vor der Änderung des FAG 2009 erhalte die Stadt jetzt mit der Änderung des § 10 FAG eine in etwa genauso hohe Zuweisung. 2013 entfalle jedoch im Produkt Schülerbeförderung die Darstellung der Zuweisung für die Bezuschussungsfälle. Diese Zuweisung ist gesetzlich in die Zuweisung nach § 10 FAG mit eingerechnet und werde in einem Produkt der Kämmerei dargestellt. Dies führt zu einem rechnerischen Minderertrag im Produkt Schülerbeförderung 2013 i. H. v. 207.000 €. Auch dies sei noch korrekt in den Haushaltsplan einzuarbeiten.

Frau Quilitzsch, Fachbereich Bildung, ergänzte, dass im Haushaltsplan 1.091.000 € für Schülerbeförderung im Bereich der Kämmerei ausgewiesen seien.

Herr Senger, SKE, bat, um eine Erklärung, was in der Position Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen enthalten sei.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, schloss **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die Diskussion.

Abstimmungsergebnis: **1. Lesung**
vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan 2013.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2011 zur Kenntnis.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 5.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Etablierung des Konzeptes "Haus der kleinen Forscher"
Vorlage: V/2012/11324**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat um Wortmeldungen zu diesem Antrag.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte, dass das Konzept „Haus der kleinen Forscher“ bundesweit laufe. Ziel des Projektes sei, Grundlagen der Naturwissenschaften zu vermitteln und das Interesse der Kinder zu wecken. Die Stiftung möchte dieses Konzept auf den Bereich der Grundschulen ausweiten. Bisher wurde das Projekt nur in Kitas und einigen Schulen in Sachsen-Anhalt durchgeführt. Ziel dieses Antrages sei, die Grundschulen durch die Verwaltung konkret anzusprechen und anzuregen, dieses Konzept auch im Schulalltag umzusetzen, ebenso in den Horten. Damit soll eine Kontinuität der bisherigen Arbeit der Kitas erreicht werden. Er freue sich über das positive Votum der Stadtverwaltung.

Frau Raab, FDP-Fraktion, führte aus, dass z. B. in Magdeburg die Horte dieses Projekt aufgegriffen haben. Diese bilden Netzwerke auch mit Schulen. Ihr sei nicht verständlich, was das weitergehende Ziel dieses Antrages sei.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, begrüßte das Projekt ebenfalls. Sie verstehe aber den Sinn des Antrages nicht, da der Bund dieses Projekt unterstütze.

Herr Diaby, SPD-Fraktion, erläuterte, dass er den Antrag als positiv empfindet, da es nicht einfach sei, solche Projekte an die Schulen heranzuführen. Er finde es sinnvoll, wenn sich der Stadtrat dazu positioniert und die Schulen dadurch motiviert. Er werde dem Antrag zustimmen.

Herr Senger, SKE, äußerte ebenfalls seine Zustimmung. Er begrüße insbesondere, dass über diesen Weg die Beteiligung der Verwaltung an den Gesamtkonferenzen forciert werde. Das sei bisher nicht der Fall.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., begründete, dass dieser Antrag dazu diene, die Vorstellung dieses Konzeptes in allen Grundschulen zu sichern und die Schulen anzuregen, diese Bildungsinhalte in ihr Schulkonzept aufzunehmen. Für Lehrer stehen geeignete

Fortbildungen und die Erfahrungen des Netzwerkes zur Verfügung. Hier einen Impuls durch den Stadtrat zu geben, sei der Sinn des Antrages.

Frau Raab, FDP-Fraktion, fragte, wie der Informationsfluss an die Grundschulen erfolgen soll.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, erklärte, dass Fortbildungen von Lehrern in der Zuständigkeit des Landes liegen. Sie fragte, weshalb das Land nicht einbezogen werde.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, erläuterte, dass die Informationen durch einen Vertreter des Fachbereichs Bildung in der Gesamtkonferenz erfolgen könne.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., ergänzte, dass die Fortbildungen von der Stiftung gemeint seien. Es werde angestrebt, diese als Form der offiziellen Landesfortbildungen anzuerkennen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, bat **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zum Antrag.

Votum SKE: mehrheitlich zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat nun die stimmberechtigten Stadträte um ihre Entscheidung zum Antrag.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung regt in den Gesamtkonferenzen der Grundschulen in Trägerschaft der Stadt an, das Konzept „Haus der kleinen Forscher“ im Schulalltag zu etablieren.
2. Sie regt auch freien Hortträger an, das Konzept „Haus der kleinen Forscher“ in die Arbeit der Horte zu integrieren.
3. Die Stadtverwaltung koordiniert sich dafür mit den lokalen Netzwerkpartnern.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Familienberichterstattung - Teilbericht Kinderarmut 2012 Vorlage: V/2012/11301

Der Teilbericht Kinderarmut 2012 wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.2 Bericht zur Umsetzung STARK III

Die Verwaltung erklärte, dass dies derselbe Bericht sei, der im Finanzausschuss November vorgelegen habe.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, merkte an, dass ihm der Bericht nicht vorliege.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, erklärte, dass dieser Bericht in den Tischvorlagen enthalten sei.

zu 7.3 Bericht zum Stand "Grundschulen-Horte"

Der Bericht zum Stand „Grundschulen-Horte“ wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.4 Bericht zur Umsetzung der Lernförderung im Rahmen von Bildung und Teilhabe

Der Bericht zur Umsetzung der Lernförderung im Rahmen von Bildung und Teilhabe wurde zur Kenntnis genommen.

zu 7.5 Information zur Umsetzung des Beschlusses zur Errichtung einer Schule mit internationalem Profil

Die erweiterte Information zur Umsetzung des Beschlusses zur Errichtung einer Schule mit internationalem Profil lag als Tischvorlage vor und wurde zur Kenntnis genommen.

Herr Zschocke, Fachbereich Bildung, informierte, dass es am 17.12.2012 eine Beratung im Kultusministerium bezüglich der Gesetzesänderung zur Gemeinschaftsschule gab. Das Kultusministerium orientiert darauf, dass bis Ende März eine Verordnung zur Umsetzung der Gemeinschaftsschule vorliegen solle. Bis Ende Mai solle das Verfahren zur Beantragung dieser Schulform für das Schuljahr 2013/14 abgeschlossen sein. Die nächste Beratung zur Gemeinschaftsschule am Standort Kastanienallee mit Vertretern des Kultusministeriums und des Landesschulamtes findet am 16.01.2013 statt. Im nächsten Bildungsausschuss werde über Ergebnisse der Beratung informiert.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Senger, SKE, erinnerte an seine letzte Anfrage zur der Sanierung des Schulhofes der Kooperativen Gesamtschule „Ulrich von Hutten“. Er fragte, wann geplant sei, den Schulhof zu sanieren und merkte an, dass der Unfallversicherer die Sperrung bei Nichtsanierung angedroht habe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, verwies auf die als Tischvorlage übergebene Antwort. Ihm sei die Brisanz der Probleme mit diesem Schulhof bisher nicht so deutlich bekannt. Sofern Sanierungsbedarf bestehe, müsse dies geprüft und in den Finanzhaushalt aufgenommen werden.

Frau Dr. Radig, Fachbereich Bildung, ergänzte, dass bis zum 21.1.2013 eine schriftliche Antwort bei der Unfallkasse Sachsen-Anhalt vorliegen müsse. Momentan seien keine Mittel für die Sanierung eingestellt. Es muss eine Zwischenlösung gefunden werden. Die Antwort an den Unfallversicherer wird den Mitgliedern des Bildungsausschusses zur Verfügung gestellt.

Herr Senger, SKE, informierte, dass er auf jeden Fall eine Strafanzeige wegen Körperverletzung stellen werde. Das Problem sei seit Jahren bekannt. Nach seiner Kenntnis seien durch das ZGM bereits 12.000 € für einen Planungsauftrag aufgewandt worden. Es bestehen ebenfalls Sicherheitsprobleme bei der Feuerwehrrufahrt. Dies sei nicht hinzunehmen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, verwies darauf, dass in den Haushaltsplanungen der letzten Jahre der Brandschutzgrundsicherung vor anderen notwendigen Baumaßnahmen der Vorrang eingeräumt werden müsste, was letztlich mehrfach dazu führte, dass Mittelanmeldungen des Schulverwaltungsamtes nicht berücksichtigt werden konnten.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte, ob es einen Zusammenhang zwischen den Projekten Salinetechnikum und „Haus der kleinen Forscher“ gebe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, antwortete, dass beide Projekte nebeneinander umgesetzt werden und in unterschiedliche Netzwerke eingebunden sind.

zu 9 Anregungen

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, fragte die Mitglieder, ob die nächste Sitzung des Bildungsausschusses vom 5.2.2013 auf den 12.2.2013 verschoben werden könne.

Herr Lange und **Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE.**, wandten sich gegen eine Verschiebung, da sie an dem 12.2.2013 terminlich gebunden sind.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte fest, dass es damit beim Termin am 5.2.2013 bleibe und, dass er jedoch nicht teilnehmen könne. Die Leitung müsse dann durch **Herrn Hopfgarten** erfolgen.

Herr Senger, SKE, kritisierte die ungenügende Einbeziehung der künftigen Nutzer in das Sanierungsvorhaben der IGS. So sei ihm ein Termin mit den Architekten verweigert worden.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, entgegnete, dass er bei Baumaßnahmen an der Sekundarschule Halle Süd mit **Herrn Krüger, Fachbereich Bildung**, zusammengearbeitet habe und dies habe wunderbar funktioniert.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, ergänzte, dass die Verwaltung diese Baumaßnahme im erforderlichen Umfang mit der Schulleitung bespreche.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender**, den öffentlichen Teil des Bildungsausschusses.

Für die Richtigkeit:

Datum: 11.02.13

Tobias Kogge
Beigeordneter für Bildung und Soziales

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Dr. Christine Radig
Protokollführerin